

„Nach dem Epochenbruch – ,Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit‘ und ,Menschenwürde in der Arbeitswelt‘ – Zu Verlauf und Ergebnissen der Tagung

1. Vorbemerkung

Die dritte Jahrestagung des Forums ist aus Sicht der Veranstalter sowie im Lichte vieler feed backs von TeilnehmerInnen ausgesprochen erfolgreich verlaufen. Dies lässt sich insbesondere festmachen an:

- (1) der *Kontinuität und Erweiterung der TeilnehmerInnen*. (ca. 55 TeilnehmerInnen, Ca drei viertel davon solche, die zum dritten Mal dabei waren, ca. ein Viertel neuer TeilnehmerInnen),
- (2) der *hoch konzentrierten Diskussion* (sichtbar u. a. an den verkürzten Pausen und dem Umstand, dass es am Samstag keine Abbröcklungerscheinungen gab),
- (3) der *beachtlichen Resonanz auf die Spandauer Thesen*: (sichtbar u. a. an der sehr konstruktiven Detailkritik wie auch am vielfach artikulierten Wunsch sie nach deren Einarbeitung zu veröffentlichen),
- (4) der kontroversen, konstruktiven und anregenden Diskussion der *These vom Epochenbruch*, bei der sich gezeigt hat, dass diese These zu einer Klärung von unterschiedlichen Sichtweisen auf die gegenwärtige Lage wesentlich beiträgt,
- (5) dem aus unserer Sicht weiter gefestigten *Wissenschaftler-Praktiker-Dialog* (Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass aus dem Landesbezirk Berlin-Brandenburg eine Reihe weiterer Praktiker teilnahmen).

Das Forum Neue Politik der Arbeit erfaßt bislang einen durchaus überschaubaren Kreis von GewerkschafterInnen und gewerkschaftsnahen WissenschaftlerInnen. Es wird so aus Sicht vieler TeilnehmerInnen ein *Knotenpunkt für* in wachsendem Maße als dringlich empfundene *orientierende Diskussionen*.

Man soll das nicht überschätzen. Es gibt sicherlich auch andere Diskussionszusammenhänge, aber das FNPA ist ein offener, das „linke“ gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Spektrum übergreifender, Diskussionszusammenhang geworden. Die Homepage bietet die Möglichkeit, die Referate und die Inputs aus den Foren einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Zwar können wir aufgrund mangelnder Ressourcen derzeit keinen Chatroom bereitstellen, gleichwohl bemühen wir uns um eine sorgfältige Dokumentation unserer Diskussionsprozesse und insbesondere ihrer weiterführenden Kontroversen. Unsere Debatten sollen dazu verhelfen, strategisch zentrale Begriffe wieder

zu besetzen, die angesichts der jedenfalls medialen Hegemonie des „neoliberalen Einheitsdenkens“ uminterpretiert und gewissermaßen „enteignet“ worden sind. Der folgende Tagungsbericht soll dazu einen gebündelten Überblick geben, der zugleich Schwerpunkte der Diskussionen dokumentiert. Allerdings ist dieses Protokoll nur sehr selektiv möglich und sie spiegelt damit zu einem guten Teil eine subjektive Sicht des Autors. Zwar haben die Veranstalter die Debatte mitgeschnitten; es fehlen aber die Ressourcen für eine sorgfältige Transkription. Der Autor hat sich deshalb auf die Auswertung verschiedener Mitschriften beschränkt und die Debatte thematisch gebündelt. Da Diskussionsbeiträge nicht anhand der Mitschnitte geprüft werden konnten, wurde darauf verzichtet, einzelne Diskussionsbeiträge, mit Ausnahme derer von Referenten/Inputgebern namentlich zuzuordnen. Die Veranstalter streben darüber hinaus eine Dokumentation der Tagung (Referate, Forumsbeiträge, spätere Stellungnahmen) in Buchform an.

2. O. Negt: Menschenwürde in der Arbeitswelt – Referat und Diskussion

Oskar Negt unterstrich in seinem Referat eindrucksvoll den Nutzen von Kontinuität und Eigensinn seines Nachdenkens über Gewerkschaften. Gegenüber dem Erwartungsdruck, Neues zu sagen, insistierte er darauf, dass es derzeit gerade auch darauf ankomme, Altes richtig (wieder) zu erkennen. Auf dieser Linie lauteten seine zentralen Aussagen:

- Zu beobachten sei im Epochenbruch – besonders spektakulär seit 1989 im Sprach- und Symbolspektrum – eine *Entwaffnung der Linken durch Enteignung der Sprache*. Die Linke sei gefühlsmäßig da, aber ohne öffentliche Ausdrucksmittel. Sie stehe vor der Herausforderung, sich ihre Sprache neu aneignen, um die neu gesehenen Probleme artikulieren zu können. Begriffe wie „Freiheit“, „Würde“, „Solidarität“ seien heute von ihren Gegnern besetzt.
- Kant habe als erster versucht, *das Unaustauschbare, was den Menschen ausmache*, zu benennen: Er habe in diesem Zusammenhang von dessen Würde gesprochen, die keinen Preis habe. Daraus ergebe sich, den anderen Menschen nie als Mittel sondern immer (auch) als Zweck zu behandeln. Das bedeute, seine Autonomiefähigkeit zu erweitern und richte sich unmittelbar gegen den heutigen Versuch, alle gesellschaftlichen Probleme marktförmig zu organisieren. Die heute herrschende Ideologie der Freiheit, die an die Marktgesellschaft geknüpft sei und Gesellschaft zu einem Anhängsel des Marktes mache (so schon Polanyi 1941), widerspreche einem Denken, das die Unwiederholbarkeit und Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen in diesem Kantschen Sinne betone. Arbeit und Würde umfasse dabei mehr als im Artikel 1 des Grundgesetzes ausgesagt werde.
- Der Begriff der Globalisierung (1995 noch nicht im Duden zu finden) ersetze den Begriff der Weltordnung. Von einem solchen *Weltbegriff statt von Globalisierung* zu spre-

chen würde demgegenüber ein neues Geflecht von Gedanken ermöglichen. Es gehe dabei um ein normatives Geflecht (Völkerrecht und Menschenrechte), das von Globalisierung verdeckt werde. Seit 1989 gebe es neue geopolitische gedankliche Entwürfe (Barzinsky Huntington u. a.) mittels derer (unter Rückgriff auf C. Schmitts Raumordnungsvorstellungen) G. W. Bushs Irakkrieg langfristig intellektuell vorbereitet worden sei.

- Es habe über 500 Jahre gedauert, dass Menschen *Würde und Arbeit mit einander verknüpfen* und daher arbeiten wollen. Konkurrenzfähige Arbeitsgesellschaften seien zugleich heute die Bedingung einer Eigenständigkeit von Ländern in den von den USA auferlegten Raumordnungsvorstellungen, wie sich am Beispiel Afghanistans (Drogenproduktion) zeigen lasse.
- Die *Erosion der Arbeitsgesellschaft führe zu Bindungslosigkeit und zur Reduzierung des politischen Horizonts*, zur Freisetzung disassoziativer sozialer Prozesse (national wie international). International gewinne deshalb Sicherheitsdenken durch präventive militärische Gewalt an Bedeutung. Im nationalen Rahmen (Dahrendorf spreche heute von der Ortlosigkeit der Menschen) seien in der Nachkriegszeit Bindung und Sicherheit durch das System der Arbeit hergestellt worden, Integration durch Leistung / Entlohnung erreicht worden. Heute kämen in den USA auf 100.000 Einwohner 700 Gefängnisinsassen (in Europa 50 – 60). Es gebe eine äußerste Bedrohung des Mittelstandes. Früher hätten ca. 60 Stunden Erwerbsarbeit (des Familienernährers) genügt um den Lebensstandard zu sichern, heute seien dafür ca. 110 Erwerbsarbeitsstunden der Lebenspartner erforderlich.
- In der Arbeitsgesellschaft fänden in der Arbeitssphäre auch *Identitätsbildung und Kämpfe um Anerkennung* statt. Identitätsbildung sei geknüpft an Arbeit im Sinne ernsthafter Teilhabe an der gesellschaftlichen Reproduktion. Nur der identitätsfähige Mensch sei flexibel. Das Überflüssigwerden der Anbieter von Arbeitskraft sei so ein Angriff auf die Integrität der Persönlichkeit. Könnten die Menschen diese Erfahrung nicht mehr machen, werde der politische Zusammenhang zwischen ihnen zerstört. Auch mit der Ersetzung von „Beruf“ durch „Job“ werde die Integrität der Persönlichkeit angegriffen. Zu Zeiten des HdA-Programmes sei Arbeit noch ganz anders, nämlich als ein Stück Erweiterung der Subjektfähigkeit des Menschen verstanden worden. Es sei nicht nur um die Beseitigung belastender Arbeitsbedingungen sondern immer auch um ein Stück Persönlichkeitsbildung gegangen. Diese Dimension gelte es zurück zu gewinnen. Selbst die einfachsten Berufstätigkeiten leben von der Bildung in einem Beruf und sind der Fragmentierung von Tätigkeiten entgegengesetzt. Die geplante Novellierung des Berufsbildungsgesetzes sei in diesem Lichte zu beurteilen.
- Die *Erosionskrise der Arbeitsgesellschaft* in einer *Welt der Umbrüche*, in der man auch vom Epochenbruch sprechen könne, lasse verschiedene Entscheidungen zu. Aber ohne

Besetzung von Gegenpositionen durch die Linke würden Entscheidungen für Jahrzehnte getroffen werden. Es bestehe die Gefahr von Weichenstellungen und der Befestigung ihrer wirtschaftlichen und machtpolitischen Folgen, wenn es der Linken nicht gelänge, die auftretenden Brüche zu erfassen ehe solche Festlegungen erfolgten. Hierin läge die Chance der Krise und die große Herausforderung der Gewerkschaften. Daß sichtbar werde, dass das Schicksal der Gesamtgesellschaft der Einsatz sei, um den es gehe, sei im Übrigen auch die Bedingung der Faszination von Lösungsvorschlägen für junge Menschen - und der Wahrheitsbeweis für Lösungswege sei dabei immer, dass man sie beschreiten könne, ohne dass einen daran jemand hindern könne. Umgekehrt führe der Verzicht auf solche Lösungsvorschläge seitens der Gewerkschaften heute dazu, dass viele Menschen sich in der Tat nicht mehr ganz sicher seien, wozu die Gewerkschaften denn noch gut seien.

- Sicher sei es für die Gewerkschaften schwer sich auf die *Ausdifferenzierung von gesellschaftlicher Arbeit*, die in vielen Formen auch kostenlos geleistet werde, (z.B. auch auf Sorgearbeit) einzulassen. Ihnen falle die Aufnahme der umlaufenden Definitionen (Lohnarbeit, Erwerbsarbeit) leichter. Ziel müsse aber die Entwicklung und Besetzung eines lebendigen Arbeitsbegriffs sein. Arbeitszeitverkürzung sei in diesem Zusammenhang sicherlich eine richtige Strategie. Sie sei aber nicht allein auf den Betrieb orientiert durchsetzbar, denn es gehe hier ja um die Verlagerung von Lebenszeit aus dem Betrieb heraus. Deshalb halte er unverändert an der Betonung eines außerbetrieblichen Mandats der Gewerkschaften fest.
- Vor diesem Hintergrund – und gerade angesichts des Umstands, dass die Gewerkschaften geradezu mit dem Rücken zur Wand stünden - verstehe sich sein seit langem vertrittener *Vorschlag der vier Erweiterungen des gewerkschaftlichen Mandats* in verschiedenen Dimensionen, also: (1) der Erweiterung des Arbeitsbegriffs und (2) des Interessenbegriffs durch das außerbetriebliche Mandat sowie die Beanspruchung (3) eines kulturellen und (4) eines politischen Mandats. Es gehe im Unterschied zum ADAC oder einen Unternehmerverband bei den Gewerkschaften um eine Organisation, die die gesamte Gesellschaft ernst nimmt (‘Ökonomie des ganzen Hauses’) und einen utopischen Überschuss produzieren könne, eine orientierende Vorstellung davon, wie die Gesellschaft sein solle. Die Gewerkschaften seien immer noch starke Organisationen, aber ohne Visionen gebe es keine Mobilisierungskraft.
- Nun sei zwar auch unbestreitbar, dass der Verlust so geleiteter Kritik des Bestehenden (von Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnissen) selbst in der Soziologie zu konstatieren sei. Aber gerade deshalb komme es darauf an, *die Kooperation von Wissenschaftlern und Gewerkschaften zu stärken*, die intellektuelle Produktion ersterer näher an die Gewerkschaften heranzubringen, etwa in der Bildungsarbeit, um den Blick auf mögli-

che gesellschaftliche Zukünfte zu entfalten, so eine Erweiterung der Praxis zu ermöglichen und das Potential von Theorie zur Rekonstruktion von Zusammenhang zu nutzen.

Für die anschließende Diskussion stand viel Raum zur Verfügung. Der folgende Bericht bündelt die wesentlichen Foci der Debatte:

Durch die Debatte zog sich zum einen viel Zustimmung zu der Auffassung, die Krise auch als Chance zu begreifen, Möglichkeiten der Politisierung von Konflikten zu nutzen, die Selbstentwaffnung der Linken zu überwinden und theoretische Arbeit produktiv zu machen,,. Zum anderen gab es aber auch kritische Nachfragen:

- Die Beschreibung der Widersprüche deckte sich mit eigenen subjektiven Erfahrungen und die erlebten Widersprüche bieten die Chance der Politisierung, aber dann gelte es, sich den Zusammenhang auch anzueignen. Dazu sei es aber erforderlich, genauer zu klären, welchen Veränderungen wir gegenüberstehen und wie dann darauf zu reagieren sei.
- Man müsse die Krise auch als Chance begreifen, sich aber zugleich klar machen, dass man es dabei auch in dem Sinne mit unumkehrbaren Prozessen zu tun habe, dass man nicht zur alten Normalität zurückkehren könne.
- Der Bezug auf die Gesamtheit der Lebensverhältnisse und nicht nur auf den Produktionsprozess sei bei der Suche nach neuen Orientierungen unverzichtbar.
- Es wurde aber auch eingewandt, dass die Analyse der kapitalistischen Ökonomie im Hinblick auf Ansatzpunkte für eine neue Politik der Arbeit fehle. Man müsse die Forderung nach der Erweiterung des politischen Mandats mit den individuell erfahrenen Widersprüchen im Produktionsprozess verbinden können, sonst bleibe man bei reiner Aufklärung ohne Erdung stecken. Der Analyse der Metamorphosen der Arbeit und ihrer Folgen für die Herausbildung einer veränderten Subjektivität sei größere Aufmerksamkeit zuzuwenden

An dieser Stelle soll die folgende Erwiderung von *O. Negt* angeführt werden: Mit der Erdung sei das so eine Sache. Die gegenwärtige geistige Situation empfinde er als eine intensive Suchbewegung. Darin aber lägen Chancen der Umdefinition einer gesellschaftlichen Situation. Die Abtrennung von den gegenwärtigen offiziellen politischen Antworten sei an der Zeit. Warum bezeichnen wir nur die Erwerbsarbeit als Arbeit? Hannah Arendts Kritik der Arbeitsgesellschaft habe demgegenüber gerade eine Kritik dieses engen Arbeitsbegriffs beinhaltet. Das sei ein ganz belasteter Begriff. Andererseits könne man historisch geprägte Begriffe nicht einfach außer Kraft setzen.

Differenziert und mit einiger Skepsis wurde die Frage diskutiert, ob und wie die Gewerkschaften in der Lage sein könnten, mit der Herausforderung zur Erweiterung ihres Mandats auch offensiv umzugehen:

- Bei der Forderung nach der Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats sei die Gebundenheit der Gewerkschaften an artikulierte Mitgliederinteressen dennoch zu beachten, gerade auch aufgrund der Defensive, in der sie sich befinden. Handlungsansätze könnten sich vielleicht dadurch ergeben, dass man Vorstellungen einer Erneuerung der Arbeitsgesellschaft anbinde an solidarische Interessenvertretung.
- Wenn man alles im Referat gesagte ernst nehme, was bedeute das dann für die Praxis? Wie könnten die Gewerkschaften dem und den genannten Herausforderungen entsprechend Ressourcen umorganisieren.
- In der Diskussion vor zwei Jahren sei von vielen Praktikern betont worden, man könne auch in der defensive Erfolge haben und zugleich gefragt worden, was man denn über das ausufernde Kerngeschäft hinaus noch alles machen solle. Aus dem „Tunnelblick“ der Hauptamtlichkeit heraus sei das schlüssig. Aber die Gewerkschaften täten sich hier so schwer, weil sie selbst kein Zutrauen in die Urteilskraft der Menschen hätten und deshalb auch keine Räume mit herstellten, in denen diese Urteilskraft sich praktisch erproben und entfalten könne. Z. B. gebe es keine Versuche gegen das vermeintliche Expertenwissen der Kommissionen von oben Beteiligungsprozesse von unten zu organisieren, für die es die Instrumente (Zukunftswerkstätten, Planungszellen etc.) lange gebe. Bei dem zweiten Standbein dürfe man im Übrigen nicht nur an die alten tradierten Formen denken, sondern auch virtuelle Netzwerke etc. seien hier wichtig.

O. Negt führte in diesem Zusammenhang aus: die Gewerkschaften hätten sicherlich auch die Option, sich auf ihr sog. Kerngeschäft zu beschränken, das allerdings um den Preis weiterer politischer Bedeutungsverluste und mit der Gefahr zunehmend vermachtete, geradezu mafiöse Strukturen zu entwickeln. Im Übrigen befänden sie sich z.Z. in komplizierten Prozessen, auch in sozialpsychologischer Hinsicht. Er berichtete zur Erläuterung über 4 Workshops mit Hauptamtlichen im IG Metall Bezirk Küste: Er habe gegen eine Zähe Abwehr gegenüber neuen Herausforderungen noch nie so viel Arbeit aufgewendet, wie auf diesen Workshops Es habe Stimmen gegeben: ‚Es bleibt doch nichts mehr von den Gewerkschaften übrig‘, oder ‚Wir reiben uns im Alltag auf‘, dann aber auch andere, die gesagt hätten: ‚Das ist eine Arbeit, an der wir auch mit Hilfe Außenstehender weitermachen müssen.‘ Die IG Metall habe im Übrigen die jüngsten Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich mit schlechtem Gewissen und in sehr zwiespältiger Weise getroffen.

Die Frage welche Themen dabei wie aufgegriffen werden könnten, wurde in mehreren Diskussionsbeiträgen aufgegriffen:

- Es gehe immer um das Verhältnis von Konkurrenz und Solidarität, also um kollektive Rahmensetzungen. Dies gelte auch angesichts von Individualisierung und Prekarisierung. Allerdings seien neue Antworten nötig angesichts von: Prekarisierung, Geschlechterverhältnis, zunehmendem Sozialdumping.
- Es sei zwar nicht zu übersehen, dass Angehörige der jungen Generation und moderne Wissensarbeiter oft gerne 60 Stunden arbeiteten, aber es gebe hier auch bürgerschaftliches Engagement.
- Bei der Mobilisierung zur Demonstration in Brüssel (Dienstleistungsrichtlinie) sei man schneller gewesen als die Politik und die Argumentation habe innergewerkschaftlich gezündet. Ähnlich habe man bei dem Schwarzbuch gegen LIDL erlebt, dass die 10.000er Auflage innerhalb einer Woche vergriffen gewesen sei. Es habe über 6000 Reaktionen im Internet gegeben. Es sei also möglich Themen erfolgreich aufzugreifen

Mehrere Diskussionsredner thematisierten unter verschiedenen Aspekten das Verhältnis von Freiheit und Herrschaft:

- O. Negt habe von der Entwaffnung der Linken durch Enteignung der Sprache gesprochen. Sie sei nur noch gefühlsmäßig da. Das könne an der Hilflosigkeit gegenüber dem abgeschmackten neoliberalen Freiheitsbegriff sehr gut gezeigt werden. Die Arbeiterbewegung sei immer eine Freiheitsbewegung gewesen, aber sie habe Freiheit im Raum von Politik, den sie selbst mit erkämpft habe, hergestellt. Teilhabe der Vielen sei immer die Voraussetzung für Politikfähigkeit.
- Es gelte, Freiheit mit dem Ungleichheitsdiskurs zu verbinden und mit der Forderung nach einer neuerlichen Angleichung sozialer Lebensverhältnisse zu verknüpfen. Nur so könne man gleiche Freiheit für die Menge der Vielen erreichen.
- In einer Zeit, in der prekäre Arbeitsverhältnisse sich auf allen Ebenen verbreiteten sei dies wichtig. Das Beispiel von LIDL zeige hier im Übrigen, dass glaubwürdige Kritik auch von den Medien aufgegriffen werde. Auch der Mindestlohn sei in diesem Zusammenhang eine wichtige aktuelle Forderung.
- Die Forderung nach guter Arbeit betreffe in diesem Zusammenhang nicht nur den stofflichen Inhalt der Arbeit sondern ebenso die Formen der Herrschaft unter denen gearbeitet werde. Zugleich könne man nicht unverändert an der Herrschaft über die Natur festhalten und die anderen Herrschaftsformen kritisieren.

Ein weiterer Diskussionsstrang bezog sich schließlich auf die Frage, wie Theoriearbeit in solchen dialogischen Prozessen wie denen dieses Forums produktiv gemacht werden könne:

- Gegen die Tradition der Arbeiterbewegung sei mit der Vorstellung des Hineintragens des Sozialismus in die Arbeiterbewegung zu brechen. Dem entsprächen heute Vorstel-

lungen von einer Netzwerkorganisation statt so etwas wie eine Avantgardepartei Es gelte Formen zu finden, in denen Widersprüche produktiv und nicht nur aushaltbar würden und es gehe darum, Konsequenzen für die Politik sichtbar zu machen, um z.B. gegen vermeintlich unausweichliche Zwänge der Globalisierung Alternativen aufzeigen zu können.

O. Negt argumentierte in diesem Zusammenhang in einem seiner Diskussionsbeiträge, das Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaften sei sehr prekär: Die Ablehnung von Kritik von außen sei innerhalb der Gewerkschaften massiv. Es komme ferner darauf an, unsere Phantasien von der Beschränkung frei zu machen, sie immer sofort umsetzen zu können. Auf der Linken gebe es ein depressives Spekulationsverbot. Dabei sei nichts so praktisch wie eine gute Theorie (Blochs *docta spes*). Die Postmodernen (etwa Derrida) hätten allerdings ganze Arbeit geleistet, um die alten Entwürfe zu destruieren.

3. Epochenbruch – Standpunkte und Debatte

Die drei Inputs (von R. Ptak, F.O. Wolf und D. Hensche) werden im Folgenden nicht ausführlich referiert. (Vgl. z. T. die in der Homepage eingestellten Texte). Die unterschiedlichen Zugänge auf die These vom Epochenbruch sollen aber kurz umrissen werden:

- *Ralf Ptak* macht die These an der Formulierung und schließlich hegemonialen Durchsetzung des „neoliberalen Einheitsdenkens“ fest und sucht die Anfänge des Epochenbruchs folgerichtig schon zu Beginn der 1930er Jahre, die weiteren Etappen dann mit der Herausbildung einer entsprechenden „Weltanschauungsgemeinschaft 1947 (Gründung der Mont Pélerin Society) sowie dem politischen Durchbruch seit Mitte der 1970er Jahre) und wirft dann darauf bezogen die Frage nach Eingriffspunkten „von unten“ auf.
- *F.O. Wolf* versucht die These auf der Ebene „besonderer historischer Gesellschaftsformationen“ festzumachen und sieht hier, nach dem neoliberalen Roll back seit Mitte der 1970er Jahre zwar noch keine stabile aber doch eine neue Konstellation. Diese wird an Indikatoren auf verschiedensten Ebenen festgemacht (vgl. die Vorlage). Zugleich argumentiert er für einen vorsichtig distanzierten Umgang gegenüber einem Denken in überzogenen Modellen (Fordismus- Postfordismus). Die kapitalistische Produktionsweise zerlege sich nicht in distincte Phasen.
- *D. Hensche* verstärkt dieses letzte Argument gegen eine Verselbständigung und Verabsolutierung bestimmter Entwicklungsmerkmale. Er sehe durchaus die bezeichneten Veränderungsprozesse. Wenn er aber danach frage, was heute zur drohenden Handlungsunfähigkeit der Linken und der Gewerkschaften führe, lande er neben dem unbe-

streitbaren Druck der hohen Arbeitslosigkeit und unbestreitbaren Veränderungen von Arbeitsbedingungen und Lebensgewohnheiten bei altbekannten Schwächen. Durchaus vorhandene Konfliktbereitschaft der Menschen (zuletzt Opel, Daimler, Siemens) werde nicht voll ausgereizt, es gebe falsche politische Rücksichtnahmen usw. Entscheidend sei keineswegs die vermeintliche neoliberale Hegemonie.

In der Diskussion wurde zunächst eingewandt:

- die Hegemonie des Neoliberalismus sei so nicht zu erkennen und die These des Epochenbruchs dementsprechend eher skeptisch zu betrachten. Jedenfalls könne man sie nicht am Vormarsch des Neoliberalismus festmachen. Die Schwäche der Linken sei auch eine Folge einer Selbstentwaffnung angesichts der revolutionären Veränderungen im Kapitalismus selbst. An einer Stelle allerdings habe der Neoliberalismus Recht, wo die Spandauer Thesen nicht Recht hätten. Sein Freiheitsversprechen sei angesichts der Zurücknahme der alten Kommandoherrschaft des Kapitals gerade keine Farce.
- Weiter wurde kritisiert, bei der Begründung des Epochenbruchs fehlten zu viele Dimensionen (etwa in Bezug auf die tiefgreifenden technologischen Entwicklungen).
- Ein weiteres Argument zielte darauf, dass der Begriff der Epoche im Blick auf die hier in Rede stehenden Veränderungen zu hoch aufgehängt sei.
- Ein wenig erscheine diese Debatte über den Epochenbruch als eine vom Kirchturm her. Wenn es um Veränderungen in dem von F.O. Wolf skizzierten Sinne gehe, stelle sich die Frage, ob der Begriff der Epoche zur Beschreibung solcher Veränderungen überhaupt angemessen sei.
- immanent stelle sich die Frage, weshalb hier vom Epochenbruch gesprochen werden solle, wo es doch um weniger als Entwicklungsphasen gehen solle. Deshalb machten allerdings auch scharfe Phasenunterscheidungen von Fordismus und Postfordismus unter Hinweis auf revolutionäre Veränderungen im Kapitalismus selbst nicht viel Sinn.
- Auf einer Metaebene sei weiterhin zu fragen, worin eigentlich der Gebrauchswert der These vom Epochenbruch liege?
- Weiterhin wurde die Frage gestellt, wie man heute dem in dem einen Beitrag dargestellten langfristigen Projekt des Neoliberalismus ein alternatives Projekt entgegensetzen und den Neoliberalismus widerlegen könne?
- Auf der anderen Seite wurde argumentiert, das von FOW skizzierte Konzept des Epochenbruchs auf der Ebene historischer Gesellschaftsformationen beinhalte sehr wohl die monierten fehlenden Dimensionen, diese seien nur in der knappen mündlichen Präsentation nicht expliziert worden, fänden sich aber in dem verteilten Text.
- Das Konzept erlaube es im Übrigen, alle von D. Hensche vorgetragenen Einwände einzubauen, vermeide eine Zerlegung des Kapitalismus in distinkte Phasen und ein überzogenes Modelldenken und fokussiere auf die Frage, wie gegen die darin skizzierten

tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen erneut ein emanzipatorischer gesellschaftspolitischer Prozess voran gebracht werden könne.

- In solchen zu denkenden Prozessen würden die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen, aber nicht die alleinige. Sie bewegten sich so wenig, weil sie zum einen stark durch die vergehende alte historische Konstellation geprägt, zum anderen auf die Wiederherstellung von deren Normalität orientiert seien. Deshalb sei der Nutzen des Konzepts nachdrücklich zu unterstreichen.
- Eine neoliberale Hegemonie zeige sich derzeit unbestreitbar auf der Ebene medial erzeugter Wirklichkeiten sowie im Denken gesellschaftlicher Funktionseliten. Zutreffend sei auf der anderen Seite der Einwand, dass die Menschen dem gegenüber große Vorbehalte an den Tag legten. Diese Vorbehalte elaboriere niemand, um ihnen eine andere politische Richtung zu geben. O. Negts Analyse der Selbstentwaffnung der Linken helfe dies zu erklären und verweise auf praktische Ansatzpunkte.

F. O. Wolf erwiderte in Bezug auf einige dieser Beiträge, mit der These des Epochenbruchs verbinde sich für ihn ein bestimmtes Erkenntnisinteresse, also der Versuch ganz bestimmte als wichtig erachtete Unterscheidungen treffen zu können. Er habe die vielen Niederlagen der Linken in den 1970er Jahren erlebt. Sie hätten viel mit der Spaltung in eine fordistische und eine antifordistische Linke zu tun gehabt. Es komme ihm heute darauf an, ein solches Ausspielen - von heute alten und neuen sozialen Bewegungen - zu verhindern. Die These vom Epochenbruch mache vor allem klar, dass es nicht um ein Zurück zur alten Keynesianischen Politik als Teil fordistischer Regulation gehen könne.

In einem zweiten Diskussionsstrang ging es mehr um grundsätzlichere Einwände gegen die implizite Annahme, dass mit den Metamorphosen der Arbeit und der darüber Gestalt gewinnenden Subjektivität emanzipatorische Potentiale gewissermaßen aus dem Prozess heraus entstünden.

- Der Prozess des Subjekts, der Entfaltung einer sich der Selbstunterwerfung entziehenden Subjektivität sei blockiert. O. Negts Referat vom Nachmittag, das auf die zu Grunde liegenden Fragen der Veränderung von Arbeit nicht eingegangen sei, sei deshalb auch nicht wirklich weiterführend gewesen. Es komme wegen dieser Blockierung darauf an, die Widersprüche der Ökonomie stärker ins Zentrum einer über den Kapitalismus hinausweisenden Analyse zu rücken. Dies nicht zu leisten sei deshalb eine der Schwächen des Referats von O. Negt gewesen, der dann ja auch ganz folgerichtig beispielhaft die Zirkularität gewerkschaftlicher Reorientierungsbemühungen dargestellt habe.
- Dagegen wurde gefragt, wie sich denn diese weitgehende These der Blockierung von Subjektivität begründe und ob man stattdessen nicht vielmehr von der Ambivalenz

dieser Entwicklung von Subjektivität ausgehen müsse, die also sowohl Potentiale zur Selbstunterwerfung also auch solche zu einer Selbstbefreiung hervorbringe. Das könne im Übrigen sehr wohl anhand empirischer Beispiele aus dem Bereich der sogenannten New Economy gezeigt werden, etwa dem arbeitspolitischen Großkonflikt im Werk Hoffmannstraße des Siemenskonzerns. Dies seien praktische Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Politik. Wollte man sie wirklich nutzen, seien die Hinweise aus dem Referat O. Negts im Gegenteil sehr hilfreich. Anhaltspunkte für Zirkularität könnten allenfalls für den Diskurs innerhalb des hauptamtlichen Funktionärskörpers gefunden werden. Darauf sei auch das Negt'sche Beispiel beschränkt gewesen.

In ihren Schlußstatements unterstrichen die drei Referenten noch einmal je bestimmte Aspekte ihrer Eingangsstatements:

- *F.O. Wolf* beharrte auf dem Nutzen der These des Epochenbruchs für die Überwindung der Gegensätze zwischen fordistischer und antifordistischer Linker, hob hervor, dass natürlich jede Hegemonie zugleich auch prekär sei und machte klar, dass eine Widerlegung des Neoliberalismus voraussetze, dass es sich dabei um ein wissenschaftliches Konzept handle. Allerdings bestehe zwischen diesem Projekt und den dagegen gerichteten Alternativen immer eine nicht beendbare philosophische Debatte.
- *R. Ptak* räumte ein, dass man einen Epochenbruch wohl nicht einfach am Projekt des Neoliberalismus festmachen sollte. Er wies weiter darauf hin dass die Durchsetzung dieses Projekts bis heute allerdings tiefgreifende Veränderungen zur Folge habe, die noch nicht ausreichend diskutiert worden seien. Ein Punkt seien hier neue Grenzen für die Politikfähigkeit einzelner Nationalstaaten.
- *D. Hensche* akzentuierte sein, von F.O. Wolf etwas unterschiedenes, Erkenntnisinteresse. Er wolle die real existierenden Gewerkschaften nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, an der sie durchaus scheitern und dann untergehen könnten, wenn sie die Systeme kollektiver Sicherung nur in ihrer alten geronnenen Form zu verteidigen suchten, was auf die Verteidigung von Privilegien von Minderheiten zulaufen könne. Das führe direkt zum Thema der Hegemonie. Wir fingierten eine Allmacht uns gegenüber, der wir nichts entgegensetzen könnten. Es gebe aber sehr unterschiedliche Widerstandspotentiale und Konflikterfahrungen, wie der Blick über die nationalen Grenzen sehr leicht zeige.

4. Die Spandauer Thesen – Bilanz der Debatte

Der Entwurf der Spandauer Thesen (s. Homepage) war allen TeilnehmerInnen mit der Einladung zugegangen. Die Debatte am Samstagmorgen sollte darauf abzielen, diese Thesen im Lichte der Diskussionen des Vortages – einschließlich der Debatten in den vier Foren, Fo-

rum 3 Arbeit und Individuum/Subjekt war abgesagt bzw. mit Forum 2 „Menschenwürde in der Arbeitswelt“ zusammengelegt worden – zur Diskussion zu stellen. Ein knapper Input sollte dafür einen Einstieg schaffen.

H. Martens hob dazu zunächst 8 Fragen hervor, die ihm im Lichte der Beiträge und Debatten des Vortages besonders gewichtig erschienen und ging dann kurz auf Ergebnisse der vier Foren in ihrem Bezug zu den Spandauer Thesen ein.

- Das Referat von O. Negt habe viele Anknüpfungspunkte geboten. Der Verlust der Sprache auf Seiten der Linken und das Erfordernis zentrale Begriffe neu zu besetzen um den Raum des Politischen neu zu konstituieren, Krise als Chance, die Zentralität von Arbeit und Würde für die Herstellung von Bindungskräften, das Erfordernis utopischer Überschüsse, die Herausforderung zur Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats seien da für ihn wichtige Stichpunkte.
- Die Debatte um die Materialisierung des marktförmigen Subjekts und die Frage ob darin v. a. Ambivalenzen angelegt seien oder aber eine fortschreitende Selbstunterwerfung (im Sinne einer negativen Dialektik, wie im politikwissenschaftlichen Diskurs von Z. Bauman formuliert) sei aus seiner Sicht fortzuführen.
- Die Debatte habe auf die Gewerkschaften als wichtigen, aber nicht als einzigen Akteur focussiert. Anders als noch vor zwei Jahren sei die Option der Konzentration auf Verteidigungsaufgaben (Kerngeschäft) nicht mehr vertreten worden.
- Es seien aber durchaus unterschiedliche Optionen aufgezeigt worden. Neben der Option der Erweiterung ihres Mandats, der Besetzung neuer/alter Felder, der Öffnung für neue Beschäftigtengruppen (Siemenskonflikt) gebe es durchaus auch die Option der „Amerikanisierung“ also der Selbstbegrenzung bei Herausbildung von spezifisch vermacherten Strukturen.
- Wollte man die Option der Erweiterung des Mandats der Gewerkschaften angehen, müsse man den „Tunnelblick der Hauptamtlichkeit“ überwinden und das im Prinzip vorhandene ehrenamtliche Potential produktiv entfalten.
- Neben den dazu von O. Negt angesprochenen Punkten gehe es dabei auch um zentrale, traditionell verwurzelte gewerkschaftliche Handlungsmuster: An die Stelle von Vereinheitlichen (und Kontrolle) müsse das Zusammenhandeln in Vielfalt und auf Basis von Vertrauen in die Urteilskraft der neuen individuellen zivilgesellschaftlichen Subjekte treten.
- Die Debatte habe in diesem Zusammenhang unterschiedliche aktuelle arbeitspolitische Handlungsfelder aufgezeigt: Von der Dienstleistungsrichtlinie über die Behandlung des Themas Menschenwürde am Beispiel von Lidl bis hin zu der allgemeinen Aufforderung

scheinbare Selbstverständlichkeiten und Konsequenzen neoliberaler Politik viel stärker zu skandalisieren.

- Das führe schließlich weiter zu der Frage, was die Gewerkschaften heute an einer weitergehenden Entfaltung ihrer Konfliktfähigkeit hindere.

Im Blick auf die vier Foren sehe er Bezüge zu den Spandauer Thesen u.a. in folgender Hinsicht:

- Im *Forum 1 'Arbeit und regionale Lebenszusammenhänge'* habe *T. Knorr-Sydow* am Beispiel Ostdeutschlands aufgezeigt, dass landespolitische Entwicklungskonzepte für strukturschwache Regionen (Clusterpolitik, Setzen auf endogene Potentiale) weithin nicht funktionierten. Eine realistische Bewertung der Möglichkeiten regionaler Strukturpolitik sei hier gefordert und es sei klärungsbedürftig, welche Rolle die Gewerkschaften spielen könnten. Auf jeden Fall bedürfe die wachsende Spanne zwischen Erwerbsarbeit und anderen Formen gesellschaftlicher Arbeit der Bearbeitung. *L. Lappe* habe in einem zweiten Input über Ergebnisse einer Befragung im Zusammenhang mit der Restrukturierung ehemaliger Braunkohlenreviere berichtet. Wider Erwarten sehe die Bevölkerung die Renaturierung dieser Gebiete als wichtig an und bewerte sie positiv, obwohl kaum neue Möglichkeiten für Erwerbsarbeit entstünden. Bezüge zu den Thesen 1 und 6 (Nachhaltigkeit) oder 2 (Chancen für Weichenstellungen) seien hier offenkundig.
- Im *Forum 2, Menschenwürde in der Arbeitswelt'* habe *P. Oehlke*, ausgehend von deren institutioneller Legitimation durch das Betr. VG von 1972, die Entwicklung und den förderpolitischen Bedeutungsverlust staatlicher Programme vom HdA-Programm bis hin zu den AuT und IAG Programmen nachgezeichnet und in den Zusammenhang des Vormarsches marktfundamentalistischer Konzepte gestellt. In der Diskussion über neue arbeitspolitische Ansätze heute sei u.a. die Bedeutung sozialer Konflikte in den 1960er Jahren als Voraussetzung dieser arbeitspolitischen Programme betont worden. *K. Pickshaus* habe dann das Programm „Gute Arbeit“ der IG Metall vorgestellt. Dies sei, so die Beschlusslage bei der IG Metall auf Erwerbsarbeit konzentriert. *A. Biesecker* habe demgegenüber in ihrem Beitrag unterstrichen, dass es für heute weiterführende Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit zwingend sei, das Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen. Eine entsprechende begleitende gesellschaftspolitische Debatte sei seitens der anwesenden IG Metalller als wichtig angesehen worden. Bezüge zu den Thesen 3 (Abbau sozialstaatlicher Regulierung), 4 (gewerkschaftliche Herausforderung: Regulierung im europäischen Rahmen und 6 (neuer Gesellschaftsvertrag, Nachhaltigkeit) seien hier unübersehbar.
- Im *Forum 4, 'Räumliche und soziale Entgrenzung'* habe *J. Reitzig* die Entgrenzung politischer Räume infolge der Globalisierung und die damit aufgeworfenen Strategieprob-

leme für die Gewerkschaften thematisiert. *B. Röttger* habe gezeigt, dass vor diesem Hintergrund Regionalpolitik (regional governance) zum Thema werde. Sie diene durchaus dem Aufbau regionaler Kompetenzen, laufe aber immer Gefahr Standortkonkurrenzen zu produzieren. Dennoch, und selbst wenn im Zeitverlauf ihr Gestaltungspotential eher rückläufig geworden sei, müssten die Gewerkschaften dieses Handlungsfeld besetzen. *C. Meyer* habe dies aus praktischer Sicht bestätigt und dann am Beispiel der Dienstleistungsrichtlinie auf die Bezüge zu europaweiten Deregulierungsversuchen hingewiesen. Auch hier ist der Bezug zur These 4 offenkundig.

- Im *Forum 5 ‚Kritik des Neoliberalismus‘* habe *R. Ptak* eine ideengeschichtliche Einordnung des Neoliberalismus vorgenommen und seine Formierung, Entfaltung und Durchsetzung als ‚Weltanschauungsgemeinschaft‘ rechter Eliten nachgezeichnet. Intensiv seien Fragen der Kontinuitäten und Ausdifferenzierungen dieser Entwicklung sowie ihrer ‚top down‘ forcierten Entwicklungsdynamik seit Mitte der 1970er Jahre diskutiert worden. *S. Reinfeld* habe dann über seine an M. Foucault anschließende Analyse der Materialisierung des marktförmigen Subjekts (im Spannungsverhältnis von Zurichtung und Selbstentwurf) zeigen können, dass diese Prozesse im Sinne einer paradoxalen Wunscherfüllung der zuvor bezeichneten Dynamik durchaus auch zugearbeitet haben. Zugleich habe er aber darauf insistiert, dass dieses marktförmige Subjekt sich gewissermaßen als politischer Kampfplatz konstituiere. *A. Buntenbach* und *H. Martens* hätten sich danach im Wesentlichen darauf beschränkt, die Herausforderungen der Gewerkschaften herauszustreichen, angesichts aufbrechender Widersprüche auf eben diesem Kampfplatz Positionsgewinne zu erzielen. Es gebe hier deutliche Bezüge zu den Thesen 2, Epochenbruch als Chance für Weichenstellungen, 5 Strategische Wissensallianzen und Netzwerkpolitik sowie wiederum 6, aber auch 10 ‚Freiheit als Freiheit des Anders-Denken-Können‘.

In der Diskussion wurde z. T. explizit auf die Spandauer Thesen Bezug genommen, z. T. wurden noch einmal generelle Probleme der Entwicklung von neuer Orientierung thematisiert:

- Der Diskussionsprozess sei insgesamt eine tolle Sache, die man hegen und pflegen müsse.
- Eine neue Bewegung müsse Orientierung aus einer Kritik an der Gesamtheit der Verhältnisse gewinnen. Dies erfordere Kritik an den vermeintlich unausweichlichen Zwängen. Delors Weißbuch von 1992 sei im Grunde der letzte Versuch einer großflächigen Keynesianischen Strategie gewesen.
- Es sei bisher extrem wenig über die Veränderungen der konkreten Arbeit diskutiert worden. Es gelte aber die konkreten Arbeitsprozesse besetzen.

- Die Frage nach guter Arbeit, z.B. als Frage danach, wie wir mit den Naturstoffen umgehen können und müsse dann aber auch über Skandalierungen, z.B. über unser Konsumverhalten, aufgeworfen werden.
- Es komme darauf an Widersprüche zu entfalten und so Räume zu öffnen. Dies über einen solchen Wissenschaftler-Praktiker-Dialog zu versuchen, gehe nur kollektiv. Schon bei der Analyse sei zu beachten, dass in Bezug auf die eingetretenen Veränderungen nie nur das Kapital die Initiative habe.
- Es gelte, die Dialektik der Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Zuspitzung der Widersprüche im Blick zu behalten. Die Beschäftigten verabschiedeten sich nicht so einfach von den Tarifverträgen. Für bestimmte Gruppen prekär Beschäftigter gehe es zugleich um neue Angebote. Die Wanderarbeitergewerkschaft sei so ein Versuch bestimmte Beschäftigtengruppen zu organisieren.

In Bezug auf den vorliegenden Entwurf der Spandauer Thesen wurde gesagt:

- Der Zusammenhang von Abbau des Sozialstaats und den Metamorphosen der Arbeit sei so nicht zwingend.
- Warum sei vom Ende des Fordismus und der industriellen Arbeitsgesellschaft die Rede? Müsse nicht eher von Erosion gesprochen werden?
- Warum tauche der Allerweltsbegriff der nachhaltigen Entwicklung in den Thesen an so prominenter Stelle (These 1) als Gegenbegriff zum neoliberalen Einheitsdenken auf? Und warum werde dabei ein so positiver Bezug zum Lisboa take off hergestellt? Die Lisbonstrategie lasse sich doch eher mit der Blair'schen Variante einer den Neoliberalismus adaptierenden neuen Sozialdemokratie verknüpfen.
- Dagegen wurde wiederum eingewandt, dass der Begriff der Nachhaltigkeit vom ökologischen Diskurs aus betrachtet alles andere als ein Allerweltsbegriff sei.
- Kritisiert wurde weiter, dass in These 8 der Arbeitsbegriff immer noch zu eng auf Erwerbsarbeit bezogen sei. Es gehe doch eher darum, produktive und reproduktive Arbeit neu zu gewichten, wenn man das Ganze der Arbeit in den Blick nehmen wolle.

Ein besonderer Focus bei der Diskussion der Thesen ergab sich im Hinblick auf die These 10:

- Von einem Diskutanten wurde argumentiert, die These 10 sei zugleich das Beste, aber auch das kritikwürdigste an den Spandauer Thesen. Die Forderung nach der Wideraneignung des Freiheitsbegriffs sei toll und in dieser Form sonst noch nicht formuliert, aber dass das Freiheitsversprechen des Neoliberalismus eine Farce sei, sei zugleich schlicht falsch, denn der Abbau alter Herrschaftsstrukturen sei real und nicht Ideologie.

- Dagegen wurde eingewandt, ganz im Gegenteil sei gerade die These 10 voll zutreffend und als Beleg auf die Veränderungen der Arbeitsbedingungen bei der BASF verwiesen. Vor dreißig Jahren hätten hierarchische Strukturen noch eine große Rolle gespielt und in der Tat seien diese Kommandostrukturen heute weg. Jeder müsse selbst seine Qualitätskontrollen machen. Aber es gebe zugleich immer noch Kommandostrukturen. Es gebe die 10 000 prekär Beschäftigten. Wir haben unglaubliche Spaltungen. Insofern entspreche ein persönlicher Freiheitsgewinn keineswegs den realen Erfahrungen. Die Spandauer Thesen hätten vielleicht durchaus ein Popularisierungsproblem, aber die vermeintliche neue Selbstbestimmung verkehre sich in ihr Gegenteil und das sei real und keineswegs eine Farce. Und die Ideologie des Neoliberalismus sei sehr wohl Bestandteil des Neuen.
- Ein weiterer Diskutant vermisste bei dieser Debatte den Bezug zu Ergebnissen der Arbeits- und Industriesoziologie. Die habe eine große Vielfalt von Arbeitsformen nachgewiesen. Es gebe keine einfachen Kommandostrukturen sondern immer schon hohe Handlungsspielräume in allen Bereichen. Es sei nun zu Fragen, was Outsourcing, Verringerung der Fertigungstiefe usw. wirklich bedeuteten, wer marginalisiert werde usw.
- Berücksichtige man alles dieses, dann lasse sich die These 10 sicherlich noch verbessern. Sie sei aber nicht so zu kritisieren wie in dem erstgenannten Diskussionsbeitrag.

Schließlich gab es eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, die stärker auf Schwächen bestimmter Formulierungen abhoben (Popularisierungsproblem):

- So wurde z.B. gesagt, die Rede vom Neoliberalismus als Geburtshelfer des Neuen sei ein unglücklicher Versuch, zu einer Popularisierung von Aussagen zu kommen. Geburtshelfer seien Begleiter ins Leben. Darum gehe es aber nicht, wohl aber um unfreiwillige Förderer von Neuem.
- Eine andere Kritik am Sprachgebrauch lautete: Menschen kämen zu wenig vor, stattdessen so komplizierte begriffe wie individuelle zivilgesellschaftliche Subjekte, materialisierte neue Subjektivität. So könne man nicht mit den Menschen sprechen, die man gewinnen wolle.
- Dagegen wurde eingewandt, es gehe genau darum das was man in dieser Sprache erkenne auch nach außen zu vermitteln. Die Rede vom marktförmigen Subjekt, das sich als politischer Kampfplatz konstituiere habe da ihren guten Sinn.
- Es wurde aber auch eingeräumt, je nachdem wo man argumentiere sei es schon notwendig, beim Bemühen um diese Vermittlung auch die Sprache derer zu sprechen, die man erreichen wolle. Gleichwohl dürfe man bestimmte begriffliche Differenzierungen, die mehr Klarheit schafften, nicht aufgeben.

5. **Strategische Fragen einer gewerkschaftlichen Politik für die Menschenwürde in der Arbeitswelt**

Die abschließende Debatte wurde mit einem längeren Input von *D. Scholz* eingeleitet. Was das Dialogprojekt „Forum neue Politik der Arbeit“ anbelange so seien aus seiner heutigen Sicht folgende Punkte hervorzuheben:

- Das Projekt sei der *Versuch des Aufbaus einer Wissensallianz* zwischen WissenschaftlerInnen, die den Gewerkschaften naheständen und gewerkschaftlichen Praktikern, aus dem v.a. zweierlei zu lernen sei: (1) Theorie liefert keine ‚Kochrezepte‘ aber sie hilft, Zusammenhänge neu zu denken und darüber könne Wissenschaft praktisch sein oder werden. (2) Der Dialogprozess verhilft dazu, in Widersprüchen zu denken. Das Projekt könne so auch seinen Beitrag dazu leisten, die Tradition der Wissenschaftsfeindlichkeit in den Gewerkschaften zu brechen. Dass die 12 Landesbezirksleiter des DGB sich gerade auf eine öffentliche Erklärung gegen die Einführung von Studiengebühren verständigt hätten, sei an dieser Stelle im Übrigen eine Fußnote wert.
- Auf die *These des Epochenbruchs* sei seine erste Reaktion gewesen: Was ist das denn? Geht der Keynesianismus wirklich nicht mehr? Ist die Verteidigung des Rheinisch-Alpinen Kapitalismus eine rückwärtsgewandte Orientierung? Gibt es denn nicht den ‚Militärkeynesianismus‘ der USA? Nun habe er festgestellt, dass auch sein früherer Lehrer W. F. Haug von einem epochalen Bruch spreche im Blick auf revolutionäre Veränderungen in der Arbeitswelt und bei der Produktivkraftentwicklung. Aus seiner Sicht gebe es zu diesen Metamorphosen der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften konzeptionell eine Menge, aber nur als Thema einiger Spezialisten und nicht als breite Debatte. Dennoch gelte: Gemessen am Zustand in den 1970er Jahren sind wir heute konzeptionell besser, aber wir sind in der Defensive.
- Zum Stichwort der *Vermarktlichung im Spannungsverhältnis von Selbstbestimmung und Selbstausbeutung* sei aus seiner Sicht zu sagen: Die neuen Formen indirekter Steuerung schwächten sicherlich gewerkschaftliche Abwehrpositionen. Die neuen individuellen Subjekte unterliefen selbst einmal erkämpfte rechte, ja die Mitbestimmung erscheine plötzlich als letzte Bastion der Fremdbestimmung. Seine Antwort auf den Umgang mit dieser Entwicklung sei ganz klar: hier liege eine Chance zur Politisierung. Wenn das so sei, dann müsse man sich die Prozesse eben ganz aneignen und nicht mitbestimmend zu begrenzen versuchen. Um noch einmal auf W. F. Haug zurück zu kommen: Der habe als Gemeinsamkeit von Kautsky bis zu Lenin die Vorstellung gesehen, das Klassenbewusstsein von außen in die Arbeiterklasse hinein zutragen. Genau so funktioniere es aber nicht.

- Zu der *Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und Beschäftigungsbedingungen*: Festzustellen sei, dass Prekarität überall herrsche. Es komme darauf an, diese Themen auf die Agenda zu setzen und zu skandalisieren. Es sei ein Versagen der Gewerkschaften selbst, wenn sie den Medien dazu keine glaubwürdige Kritik liefern könnten. Auch die Frage des Mindestlohnes, den er inzwischen befürworte, sei in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema.
- Quer zu allen diesen Punkten müsse die *Geschlechterfrage* für die Gewerkschaften zu einem zentralen Thema werden. Festzustellen sei, dass sie das derzeit nicht sei. Sie sei nicht allgemeine gewerkschaftliche Politik. Er könne hier auf Erfahrungen als junger Sekretär bei der IG Metall in Berlin verweisen, als er im ‚Apparat‘ beim Versuch gegen die Niedriglohngruppen eine Initiative mit KollegInnen zu starten ausgebremst worden sei. Entscheidend hätten sich Prioritätensetzungen hier nach wie vor nicht verändert. Zugleich sei die höchste Organisationsbereitschaft bei angestellten Frauen zu beobachten.
- Zum Thema *Gute Arbeit – Gutes Leben* sei aus seiner Sicht zu sagen, das es hier in der Tat bei ganz vielen Punkten um Ganzheitlichkeit und um alternative Entwürfe gehe. Da gelte es weiter dran zu arbeiten, denn da herrsche immer noch eine beträchtliche Unübersichtlichkeit. Im Übrigen werde die Gewerkschaften hier ein Widerspruch ereilen. Die in ihnen organisierten KollegInnen hätten hier eigentlich die notwendigen Kompetenzen für Gestaltung. Aber die Gewerkschaften (und Betriebsräte) hätten große Probleme damit ihre Laienkompetenz in Beratungsprozessen zu nutzen.
- Eine weitere große Frage sei schließlich die nach der *Regulierung der Ökonomie*. Die Gewerkschaften verträten heute keynesianische Konzepte sowohl aus Überzeugung als auch aus Hilflosigkeit. Hier gelte es an den von K.G. Zinn aufgeworfenen Fragen nach einem qualitativen Keynesianismus weiter zu arbeiten.
- Insofern komme er also zu *vier strategisch zentralen Themenfeldern*, nämlich: (1) zur Frage der Veränderungen im Produktionsprozess, also den Metamorphosen der Arbeit, (2) zur wachsenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, (3) zum Thema der Geschlechtergerechtigkeit und (4) zur Frage nach Strategien einer ökonomischen Reregulierung.
- Ein weiterer wichtiger Punkt sei ganz zweifelsfrei der *Kampf um Begriffe*. Das Thema der Freiheit stehe dabei ganz oben an. Wichtig sei die Erkenntnis, dass immer mehr Marktfreiheit die politische Freiheit aufzehre. Was man aber zugleich sehen müsse sei. Es gibt immer noch Sektoren, die marktfrei funktionieren.
- Zum Schluss komme er noch einmal auf die *Wissensallianzen und das Forum selbst* zurück. Die Sicherung von Kontinuität über die vergangenen Jahre sei mühsam gewesen. Es gelte, da noch besser zu werden. Aber nur diese Kontinuität schaffe die Voraussetzungen einer Reflexion von Praxis. Es komme deshalb darauf an, den roten Faden der

weiteren Arbeit zu definieren und dabei Widersprüche zu thematisieren und öffentlich zu machen. Ihm komme es darauf an, die Spandauer Thesen als Thesen zu bekommen, in denen solche Widersprüche thematisiert würden.

In der abschließenden Diskussion, in der sich nochmals 18 DiskussionsrednerInnen eher mit der Lust als der Last einer Generaldebatte konfrontiert sahen, spielte neben nochmaligen direkten Anmerkungen zu den Thesen erneut die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften eine Rolle. Außerdem wurde in mehreren Beiträgen auf den Stellenwert des Forums Neue Politik der Arbeit eingegangen und es wurden Vorschläge zu seiner weiteren Arbeit formuliert:

In Bezug auf die Herausforderungen der Gewerkschaften wurde festgestellt

- Man dürfe den Abwehrkampf nicht unterbewerten (Bezug auf Gramsci): Welche Bastionen seien zu verteidigen? (Grundgesetz / Arbeitsschutzregelungen / AZV / Regulierung (Weißbuch Delor) / Keynes plus Strukturaspekte / weltwirtschaftliche Strategie: Kapitalverkehrskontrollen)
- Es sei eine Frage der Form, den Raum für Selbstorganisation aufzuspannen in diesem Widerspruch und es sei offen, wie weitgehend Gewerkschaften Organisationen seien, die Räume für Selbstvertretung anböten. Gewerkschaften seien alte Institution, die sich von innen heraus erneuern müssten. Hinsichtlich geeigneter Formen könne man im Übrigen durchaus vom Kapital lernen (Dialogformen, Umgang mit Komplexität).
- Ein Resümee einer kritischen Selbstreflexion müsse sein, dass man zu attraktiveren Organisationsformen kommen müsse. Hier gebe es in den Gewerkschaften das Problem der Gängelung. Über den Perspektivenkongress 2004 seien Räume ein wenig geöffnet, vier Wochen später aber wieder verengt worden. Man habe das Problem der Bürokratie, die nur erlaube, was sie auch kontrollieren könne.
- Die Geschlechterfrage müsse für die Gewerkschaften zentral werden als allgemeine Politik in der Organisation der Gewerkschaften. Beispiele für Frauenfeindlichkeit seien ja angesprochen worden. Hier handele es sich keinesfalls um eine verblasste Tradition.
- Gegen die These, auch die Beschäftigten verabschiedeten sich vom Tarifvertrag wurde Widerspruch formuliert. Es ergebe sich allerdings das Erfordernis einer differenzierten Betrachtung. Zum einen sei auf den Stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse zu verweisen, zum anderen sei die Unterscheidung wichtig zwischen den weniger qualifizierten eher prekär Beschäftigten und den Wissensarbeitern (Ingenieuren, Journalisten, Gewerkschaftssekretären) die gerne 60 Stunden arbeiteten und für die Arbeit nicht das Jammertal sei. Man dürfe Ordnungsvorstellungen aus der überkommenen Industriearbeit nicht falsch verallgemeinern: Es gebe auch andere Formen der Regulierung von Arbeitszeit wie Sabbaticals, feste freie Tage usw.

- Die Bereitschaft, sich zusammenzuschließen sei keineswegs rückläufig, artikuliere sich aber z. T. in berufsbezogenen Organisationen (Cockpit). Man müsse hier die Motiven, Zwängen, Träumen und Hoffnungen genauer nachgehen.

In Bezug auf das insgesamt breite Spektrum der auf der Tagung diskutierten Fragen wurde nochmals betont:

- Es komme darauf an, 'gute Arbeit' vom 'guten Leben' her denken und ein ganzheitliches Denken gegen laufende Verschlechterungen zu setzen. Dabei gerbe es sicherlich Immer noch Unübersichtlichkeit im Hinblick auf Alternativen. Es sei die Frage, wie man da Orientierung gewinnen könne (nochmaliger Hinweis auf die docta Spes und die konkrete Utopie). Ein offener Ansatz provoziere die Frage nach dem zugrundeliegenden Konzept.
- Angesprochen wurde ferner erneut der Kampf um Begriffe, wiederum am Beispiel des Freiheitsbegriffs und in der Gegenüberstellung von politischer Freiheit und Marktfreiheit. Die Degeneration von Freiheit zur bloßen Marktfreiheit sei zu kritisieren. Sie sei nicht nur eine Folge wirksamer Propaganda, sondern auch eine Folge von veränderter Praxis. Freiheit und Gleichheit seien heute dagegen nicht zu realisieren ohne offensives Angehen der Geschlechterfrage.
- In Bezug auf zentrale, von D. Scholz angesprochene Fragen wie Konsequenzen der Veränderung in der Arbeitswelt / prekäre Beschäftigung / Geschlechtergerechtigkeit – Arbeit und Leben sei die innergewerkschaftliche Diskussion gar nicht so schlecht. Das Problem sei hier eher, dass sie eine Diskussion unter Spezialisten sei und nicht eine allgemeine Debatte.
- Hinsichtlich der Frage nach Strategien der Regulierung in komplexen kapitalistischen Gesellschaften und bei wachsender internationaler Verflechtung und Deregulierung gebe es demgegenüber noch sehr viel offenere Fragen. Die zentrale Frage sei, wie eine Re-regulierung der Ökonomie aussehen könne, wo Grenzen des Keynesianischen Ansatzes lägen. Hier sei es vermutlich sinnvoll, die zuletzt mit K. G. Zinn geführte Debatte weiterführen.

In diesem Zusammenhang gab es dann auch dezidierte Vorschläge für die weitere Arbeit:

- Unter den Stichworten (1) Regulierung der Ökonomie, (2) Privatisierung oder Erhalt und Ausbau eines öffentlichen Sektors, (3) Berücksichtigung weiterer Interessen in der Mitbestimmung (3. Bank), sowie (4) Vergesellschaftung von Innovationsfähigkeit seien möglicherweise Themen zu benennen, zu denen dieser Kreis orientierende Arbeiten leisten könnte, die andere nicht leisteten.
- Diesem Vorschlag stimmte ein weiterer Diskutant unter Anführung des Stichworts „solidarische Ökonomie“ ganz ausdrücklich zu.

- Ein anderer Diskussionsredner setzte grundsätzlicher an: Es gelte für das Forum eine kritische gesamtgesellschaftliche Perspektive einzunehmen. Er habe hier grundsätzliche Fragen: Was heiÙe Besetzung des Umbruchs unter den Bedingungen zugespitzter Widersprüchlichkeit? Weshalb da eine Chance in diesem Umbruch liege, sei aus seiner Sicht noch nicht schlüssig beantwortet. Das gelte auch für die Frage, wie man da in der gewerkschaftlichen Praxis agieren könne. Die IGM Initiative ‚Arbeiten ohne Ende‘ zeige die drohende Konsequenz der Ohnmachtsperspektive.
- Es gelte deshalb Räume für Selbstreflexion zu schaffen, für Selbstverständigungsprozesse, aber es sei die Frage, wie man die widersprüchlichen Seiten der eigenen Lage dann so isolieren könne, dass man handlungsfähig werde. Durch das Postulat, alles gleichzeitig zu denken, entstehe auch die Gefahr der Blockierung.
- Ferner wurde dafür plädiert, Diskussionsprozesse stärker zu konzentrieren. Dabei gehe es um eine Reflexion von Praxis in der Erörterung von Widersprüchen. Es komme immer wieder darauf an, den roten Faden definieren, die richtigen Fragen zu stellen, Widersprüche zu thematisieren und öffentlich zu machen, Lösungen zu suchen. Ein wichtiger Schritt sei es in diesem Zusammenhang, die Thesen als Artikulation von Widersprüchen im Diskurs wechselseitig weiter zu bearbeiten.